

Stadt Leverkusen

Antrag Nr. 2020/3674

Der Oberbürgermeister

I/01-011-20-06-he

Dezernat/Fachbereich/AZ

15.06.2020

Datum

Beratungsfolge	Datum	Zuständigkeit	Behandlung
Rat der Stadt Leverkusen	25.06.2020	Entscheidung	öffentlich

Betreff:

Rassismus keine Chance geben! - Errichtung einer kommunalen
Antidiskriminierungsstelle
- Antrag der SPD-Fraktion vom 15.06.2020

Anlage/n:

3674 - Antrag

SPD-Fraktion • Dhünnstr. 2b • 51373 Leverkusen

Herrn Oberbürgermeister
Uwe Richrath
Rathaus
Friedrich-Ebert-Platz 1
51373 LeverkusenDhünnstraße 2b
51373 Leverkusen
Telefon 0214 – 311 985 202
Telefax 0214 – 311 985 200
fraktion@levspd.de
www.spd-leverkusen.de/fraktionLeverkusen, 15. Juni 2020
jf/F.4-062**Antrag: Rassismus keine Chance geben! - Errichtung einer kommunalen Antidiskriminierungsstelle**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

bitte setzen Sie folgenden Antrag auf die Tagesordnung der nächsten Sitzungen der zuständigen Gremien:

Der Rat der Stadt Leverkusen beschließt, die Einrichtung einer kommunale Antidiskriminierungsstelle.Begründung:

Leider sind Rassismus und weitere Erscheinungsformen der Diskriminierung auch noch heute allgegenwärtig. Sie führen dazu, dass Menschen wegen bestimmter Merkmale ungleich oder abwertend behandelt werden, was das friedliche Miteinander und die Durchsetzung von Chancengleichheit verhindert.

Die aktuellen Berichterstattungen um den Tod des US-Amerikaners George Floyd, welcher durch eine gewaltsame Festnahme getötet wurde, haben auf der ganzen Welt Debatten über den weiterhin verbreiteten Rassismus ausgelöst. Zahlreiche Menschen gingen unter dem Motto „black-lives-matter“ auf die Straße, um auf alltäglichen Rassismus hinzuweisen und Ungerechtigkeiten nicht mehr hinzunehmen.

Vielfach wurden in den Debatten, auch hier bei uns in Leverkusen, die Frage aufgeworfen, warum nun so viele Menschen demonstriert haben. Warum jetzt? Wo wir doch im Land der NSU-Morde leben; dem Land der rassistischen Pogrome, auf dessen Landkarte Solingen, Mölln, Rostock-Lichtenhagen und Halle und Hanau zu finden sind. Und die Leute gehen jetzt erst auf die Straße?

So ganz stimmt das nicht. Schon 2018 gingen in Berlin unter dem Motto „unteilbar“ rund 200.000 Menschen gegen Rassismus demonstrieren. Die demonstrierenden und protestierenden Menschenmassen weltweit sind aktuell dem Umstand geschuldet, dass der unerträgliche Tod von George Floyd durch ein Video unmittelbar erfahrbar wurde. Aber zugleich ist dieses Video nicht das erste seiner Art. Und eigentlich ist es nur die bildliche Manifestation von etwas, über dessen Existenz wir schon sehr lange Bescheid wissen.

Aber warum wird jetzt so vehement, so kompromisslos, so angstfrei demonstriert? Vielleicht weil mittlerweile viel zu oft erlebt wurde, dass die Ungerechtigkeit des Rassismus nicht mit einfachen Mitteln zu beseitigen ist.

Vielleicht jetzt so heftig und so entschlossen, weil sich die gegenwärtige Wut aus der Summe all der vergangenen Verletzungen speist, mitsamt der darauffolgenden Enttäuschungen darüber, dass versprochene Gerechtigkeit nicht einkehrt.

Die Erniedrigungen haben möglicherweise eine Zahl erreicht, die sich nicht mehr in einen normalen Alltag integrieren lässt, nicht mehr zu ertragen ist – weshalb jetzt, in Reaktion auf die Quantität, also die lange Geschichte der Erniedrigungen, eine qualitative Veränderung eintritt, eintreten muss.

Andere qualitative Veränderungen wie die weltweit sehr kurz gewordenen Kommunikationswege mögen diesen Prozess beschleunigen. Und auch eine junge Generation, die so kommuniziert, aber ohnehin lebensweltlich so kosmopolitisch sozialisiert ist wie keine Generation vor ihr; eine Generation, die sich nicht einreden lassen möchte, dass die Welt eine Welt von Nationen und Kulturen ist, die es streng zu unterscheiden gilt.

Möglicherweise hat die Generation, die jetzt auf die Straße geht, den vorangegangenen Generationen genau das voraus: alle Unterschiede zu kennen und trotzdem gemeinsam für ein geteiltes, universelles Anliegen zu kämpfen; für eine Idee nämlich, die bisher nur als unerfülltes Versprechen jener vorigen Generationen existiert. Die Idee, dass alle Menschen gleich sind, unabhängig von Herkunft, Hautfarbe, Geschlecht; das Versprechen, das jetzt endlich eingelöst werden soll.

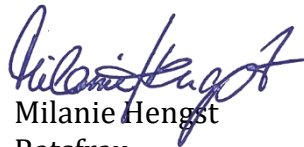
Kein Mensch darf wegen dieser Gründe oder irgendeines anderen Merkmals vorverurteilt werden. Jegliche Formen von Rassismus und Diskriminierung sind abzulehnen.

Als kleinen Schritt soll hier vor Ort in Leverkusen eine Antidiskriminierungsstelle entstehen, um Opfern von Diskriminierung, sei es zum Beispiel Alltagsrassismus, Antisemitismus oder Fremdenfeindlichkeit, die ihnen zustehende Zuwendung und den Schutz entgegenzubringen. Zudem sollen durch vertrauliche Gespräche Handlungs- und Lösungsmöglichkeiten erarbeitet werden. Die Antidiskriminierungsstelle muss sich zum Ziel nehmen, die Gesellschaft im Bezug auf die vorherrschenden Missstände zu sensibilisieren, Vereine, Initiativen und Schulen zu unterstützen und die Projektarbeit im Bereich der Antidiskriminierung voranzutreiben.

Mit freundlichen Grüßen



Peter Ippolito
Fraktionsvorsitzender



Milanie Hengst
Ratsfrau